

Die Angst, an die Urne zu gehen

Die Mehrheit der Türken in der Schweiz dürfte gegen Erdogans Referendum stimmen – falls sie sich traut

Ab Montag können Türken in der Schweiz über das Verfassungsreferendum der Türkei entscheiden. Viele Oppositionelle werden aus Angst nicht zur Urne gehen.
Christine Brand

Die Tische sind alle besetzt in dem ehemaligen Zürcher Ladenlokal. Der Duft gefüllter Auberginen hängt im Raum, gekocht haben Freiwillige, wie jeden Freitagabend im kurdisch-türkischen Kulturtreff. Im Untergeschoss findet gerade ein Bauchtanzkurs statt, im einfach eingerichteten Bistro darüber wird gegessen und Politik gemacht. Linke Politik. Es wird auf Türkisch debattiert. Auf dem Tisch liegt das neu erschienene Magazin «Mukavement» – Widerstand. «Natürlich haben wir Angst», sagt eine rund sechzigjährige Türkisch-Schweizerin. «Wir machen trotzdem weiter.»

Im Kulturverein treffen sich Türken, Kurden und Armenier, die meisten haben einen türkischen und einen Schweizer Pass, und etliche haben vieles erlebt. Sie sassen als Oppositionelle in Gefängnissen, flohen in den Achtzigern in die Schweiz. Heute formieren sie sich erneut zum Widerstand: Sie setzen sich ein für ein Nein zum Verfassungsreferendum, mit dem sich der türkische Staatschef Recep Erdogan weitreichende Kompetenzen einräumen will. Sie tun es in einer Stimmung der Unsicherheit.

94 000 können stimmen

«Viele sind vorsichtig geworden», sagt ein Mann in rotem T-Shirt. «Die Situation heute ist schwieriger als 1980 beim Militärputsch.» Damals habe man als Oppositioneller gewusst, wo und wer der Gegner war. «Heute sind sie überall, sie kontrollieren alles.» Das Problem sei die Unberechenbarkeit des Regimes, ergänzt der grüne Zürcher Gemeinderat Muammer Kurtulmus, der mit am Tisch sitzt. Er ist der Einzige, der in dieser Geschichte mit Namen hinsteht. «Die Fronten sind verhärtet», sagt er. «Es ist ein Risiko, sich namentlich zu exponieren.»



Demonstranten gingen in Zürich gegen Erdogan auf die Strasse – doch nicht alle wagen, ihre politische Meinung offen zu sagen. (5.11.2016)

Etwa 130 000 Menschen türkischer Herkunft leben heute in der Schweiz. Rund 94 000 sind in der Türkei stimmberechtigt. Ab morgen Montag bis am 9. April können sie in den Konsulaten in Zürich und Genf sowie in der Botschaft in Bern über die türkische Verfassungsreform abstimmen.

Die türkische Diaspora in der Schweiz setzt sich anders zusammen als jene in Deutschland, wo die Mehrheit der Türken Erdogan unterstützen. Bei den Wahlen von 2015 stimmten 45,7 Prozent der in der Schweiz lebenden Türken für die prokurdische demokratisch-sozialistische HDP und

17,8 Prozent für die kemalistisch-sozialdemokratische CHP – beide Parteien sagen Nein zum Referendum. Nur 29,1 Prozent der Türken in der Schweiz unterstützten Erdogans AKP. Der Unterschied liegt in der Migrationsgeschichte begründet: Deutschland hatte 1961 ein Anwerbeabkommen mit

der Türkei getroffen, worauf viele Arbeitsmigranten nach Deutschland zogen. In die Schweiz gelangte die Mehrzahl der Türken erst nach dem Militärputsch von 1980; politische Flüchtlinge, Kurden, Oppositionelle.

Zu Erdogans Gegnern gehören auch die Anhänger des Predigers Fethullah Gülen, den Erdogan für den Putschversuch vom letzten Sommer verantwortlich macht. Gülen-Anhänger in der Schweiz wurden daraufhin massiv angegangen. Auch darum will niemand mehr seinen Namen in der Zeitung lesen. «Es geht nicht nur um uns – wir bringen auch unsere Verwandten in der Türkei in Gefahr», sagt ein Gülen-Sympathisant. Die Verunsicherung unter den Gegnern Erdogans ist gross. So gross, dass viele nicht an die Urne gehen werden. «Ich stimme nicht ab, das ist mir zu gefährlich», sagt der Gülen-Sympathisant. «In meinem Umfeld gehen etliche nicht zur Urne – weil wir nicht wissen, was auf dem Konsulat passieren könnte.» Es bestehe

Abstimmung in der Türkei

Schweiz schickt Beobachter

Das Auswärtige Departement von Didier Burkhalter entsendet anlässlich der Abstimmung vom 16. April über die umstrittene Verfassungsänderung zwei Beobachter in die Türkei. Diese sind Teil der Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die auf Einladung der türkischen Regierung erfolgt. Die beiden Schweizer werden sich vom 25. März bis am

20. April in der Türkei aufhalten und in verschiedenen Regionen die Rechtmässigkeit der Kampagne und der Abstimmung selbst überwachen. Im Auftrag des Europarats reist Mitte April zudem SP-Nationalrat Pierre-Alain Fridez in die Türkei. Die Präsenz von Beobachtern schafft einen gewissen Druck, dass die Abstimmung korrekt durchgeführt werde, sagt er. Das sei nötig: Noch immer herr-

sche in der Türkei der Ausnahmezustand. «Tausende Menschen wurden verhaftet, Parlamentarier, Richter, Journalisten, Lehrer. Die Pressefreiheit ist nicht gewährleistet», sagt der Jurassier, «dass unter diesen Bedingungen eine so wichtige Abstimmung abgehalten wird, halte ich für problematisch.» Man hätte warten sollen, bis der Ausnahmezustand aufgehoben ist, so Fridez. (sbü.)

Wie sich Frauen vernetzen

«Prêt-à-politiser» bringt seit drei Jahren zusammen, was offenbar zusammengehört: Frauen und Mode. Doch es geht um mehr als nur um schöne Kleider und Schuhe.
Kathrin Alder, Bern

Was machen Frauen, wenn sie frustriert sind? Sie gehen shoppen. Und was machen sie, wenn sie glücklich sind? Sie gehen shoppen. Zumindest auf Kathrin Bertschy, Nationalrätin der Grünliberalen und die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz, scheint dies zuzutreffen.

Es ist Mittwochabend, kurz nach dem Eindunkeln, die Bel Etage des Hotel Schweizerhofs in Bern füllt sich mit Frauen. Rund 100 sind es, aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, sogar Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist gekommen. Sie alle wurden zu «prêt-à-politiser» geladen, einer «Mode Performance», die bereits zum dritten Mal stattfindet und zwei Ziele hat, wie Organisatorin Claudine Esseiva, Generalsekretärin der FDP-Frauen, erklärt: «Zu einen wollen wir Frauen untereinander vernetzen. Erfolg-

reiche Frauen haben viel zu wenig die Gelegenheit, sich unter ihresgleichen auszutauschen.» Zum anderen soll Schweizer Modedesignerinnen eine Plattform geboten werden.

Die Kombination aus Frauen und Mode funktioniert. Die Stimmung ist gelassen, weniger steif, als wenn Männer vor Ort wären, sagen die Frauen. Das herumstreifende Servicepersonal verteilt fleissig Cüpli, sie ölen den Smalltalk und befuehren die Kauflust der Damen. Nach der «Mode Performance», bei der Tänzerinnen Kleider, Schuhe und Accessoires von Schweizer Designerinnen präsentieren, können die Stücke anprobiert und gekauft werden. Dieses Jahr konnten die Frauen zwischen Kleidern von Sabine Portenier, Schuhen von Ena Ringli und Foulards von Nathalie Pellon wählen.

Gekauft wird fleissig und aus unterschiedlichen Gründen: Kathrin Bertschy gönnt sich aus Frust über die Haltung ihrer Partei zur Rentenreform ein Foulard, Anita Fetz aus Freude darüber, dass die Rentenreform dank den Grünliberalen in trockenen Tüchern ist, ein paar neue Schuhe.

Viele anwesenden Frauen aber haben ob ihrer zahlreichen Verpflichtungen schlicht keine Zeit mehr zum «Lädelen» und kaufen, weil sich gerade eine gute Gelegenheit zur Garderoben-Erneuerung bietet.

Politik spielt an diesem Mittwochabend nur eine Nebenrolle. Zwar sind Politikerinnen aus allen Parteien anwesend, die Session aber bleibt wie die Männer vor der Tür. Dies sei so gewollt, sagt Esseiva, die den Anlass gemeinsam mit SP-Generalsekretärin Flavia Wasserfallen, der Direktorin des «Schweizerhofs» Iris Flückiger und Designerin Maria Pia Amabile organisiert. Das Budget für den Anlass beläuft sich auf 10 000 Franken, 800 Franken bezahlen die Designerinnen, für die Plattform. Ob sie mit der Kombination aus Mode und Frauen nicht ein Klischee zementiere? Esseiva verneint. Kleider seien nicht einfach Kleider, sondern auch Statement und Kommunikationsmittel. Und genauso wie sich Männer unter ihresgleichen ab und an ein Fussballspiel anschauen, teilten auch Frauen Interessen gerne unter ihresgleichen. Gerade das Interesse an Mode.

Grossaufmarsch in Pink



Tausende Frauen haben am Samstag in Zürich an einer Frauen-demonstration teilgenommen. Viele trugen nach dem Vorbild des Women's March von vergangenerm Januar in der

amerikanischen Hauptstadt Washington rosa Mützen – sogenannte «Pussyhats» – als Manifest gegen Sexismus und Benachteiligung. Ein Komitee junger linker Frauen hatte die

Veranstaltung organisiert. Nach Angaben der Polizei nahmen über 10 000 Menschen daran teil, gemäss Organisatorinnen 17 000. Die Veranstaltung verlief friedlich. (cr.)